

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 403 - Finanzen
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Sylvia Hübler 563 5187 563 4742 sylvia.huebler@stadt.wuppertal.de
	Datum:	30.08.2005
	Drucks.-Nr.:	VO/0923/05 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
15.09.2005	Betriebsausschuss Gebäudemanagement	Beschlussempfehlung
20.09.2005	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung	
	Entgegennahme o. B.	
21.09.2005	Hauptausschuss	Entgegennahme o. B.
26.09.2005	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Jahresabschluss 2003 des GMW		

Grund der Vorlage

Gem. Eigenbetriebsverordnung NW entscheidet der Rat der Stadt über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresüberschusses.
 Da es sich um den Jahresabschluss 2003 handelt, kommen die Vorschriften der neuen Eigenbetriebsverordnung NW noch nicht zum Tragen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Wuppertal beschließt wie folgt:

1. Der Jahresabschluss 2003 des Gebäudemanagements der Stadt Wuppertal wird mit einem Überschuss in Höhe von 15.698.775,95 EUR festgestellt.
2. Die Abführung an den städtischen Haushalt beträgt 1.009.555 EUR (Gewinnabführung 746.500 EUR und anteilige Verkaufserlöse 263.055 EUR).
3. Der verbleibende Gewinn in Höhe von 14.689.220,95 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Einverständnisse

Der Kämmerer ist einverstanden.

Unterschrift

Bayer

Dr. Flunkert

Begründung

Gem. § 11 der Satzung des GMW ist der Jahresabschluss bis zum Ablauf von 3 Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres von der Betriebsleitung aufzustellen und über den Oberbürgermeister sowie den Stadtkämmerer dem Betriebsausschuss vorzulegen. Der vorliegende Abschluss wurde entgegen § 11 der Satzung nicht zum Ablauf von 3 Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres aufgestellt, da der Betrieb aufgrund der Aufbauphase in den Vorjahren erst im Laufe des Jahres 2004 die ausstehenden Abschlüsse erstellen konnte.

Die Prüfung des Jahresabschlusses wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Breidenbach, Dr. Güldenagel & Partner KG, Wuppertal durchgeführt. Der Wirtschaftsprüfer hat mit Datum vom 21.05.2005 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Das Geschäftsjahr 2003 des GMW schließt mit einem Überschuss in Höhe von rd. 15,7 Mio. € ab.

Gewinn- und Verlustrechnung

alle Beträge in T€

	31.12.2003	31.12.2002
1. Umsatzerlöse	97.830,9	99.948,8
2. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	18,1	432,5
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	942,2	575,5
4. Sonstige betriebliche Erträge	9.052,7	6.835,2
5. Materialaufwand	-42.280,9	-47.128,7
6. Personalaufwand	-17.710,6	-16.873,5
7. Abschreibungen	-11.056,1	-12.355,2
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.545,8	-5.618,4
9. Ordentliches Ergebnis	28.250,5	25.816,2
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	213,9	375,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-12.472,9	-14.015,1
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.991,5	12.176,1
13. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0
14. Sonstige Steuern	-292,8	-310,5
15. Jahresüberschuss	15.698,7	11.865,6

In den Umsatzerlösen sind Mieterlöse, Erlöse aus Betriebskostenumlagen, Weiterberechnungen und aus Nebenleistungen enthalten. Rd. 97% der Mieterlöse entfallen

auf die Mieterin Stadt Wuppertal. Die zugrundegelegten Mieten liegen durchschnittlich bei rd. 5,52 €/m².

Der Rückgang der Umsatzerlöse ist primär auf den Rückgang der Erlöse aus Fremdvermietungen zurückzuführen und spiegelt damit die Situation auf dem Immobilienmarkt wider. Die Vermietung an Externe ist allerdings nur von untergeordneter Bedeutung für die Umsatzerlöse insgesamt.

Die Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen resultiert aus den im Berichtsjahr aktivierten unfertigen Leistungen aus weiterzuberechnenden Bauleistungen.

Der deutliche Anstieg der aktivierten Eigenleistungen ist hauptsächlich auf eine im Geschäftsjahr verbesserte Leistungserfassung zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten u.a. Sanierungszuschüsse (3.280 T€), Gewinne aus Anlagenverkäufen (424 T€), die Schulpauschale (372 T€), Schadenersatzleistungen (144 T€), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (23 T€), und übrige Erträge (38 T€). Der deutliche Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge ist hauptsächlich auf die Sanierungszuschüsse zurückzuführen, die von 71 T€ in 2002 auf 3.280 T€ in 2003 stiegen. Es handelt sich hier um Maßnahmen der Bauunterhaltung, die direkt von der Stadt über den Vermögenshaushalt bezuschusst werden.

Wesentlichen Anteil am Materialaufwand haben die bezogenen Leistungen. Diese setzen sich aus dem Aufwand für Bauunterhaltung mit 8,7 Mio. € sowie dem Aufwand für lfd. Betriebskosten (24,7 Mio. €) zusammen. In letzterem ist der Aufwand für Energie und Frischwasser (10,9 Mio. €), der Aufwand für Gebäudereinigung (7,5 Mio. €), den lfd. Betriebskosten (5,1 Mio. €) und der Pflege der Außenanlagen (0,7 Mio. €) enthalten. Außerdem beinhalten die bezogenen Leistungen Fremdmieten (4,0 Mio. €) und übrigen Aufwand (0,4 Mio. €).

Die Bauunterhaltung ist im Gegensatz zum Vorjahr rückläufig und korrespondiert zum Teil mit dem Rückgang der Erlöse aus Weiterberechnung. Darüber hinaus ist der Vorjahresaufwand zum Teil durch Sondermaßnahmen im Bereich der Elektroinstallationen beeinflusst worden. Die Fremdmieten sind um rd. 400 T€ angestiegen aufgrund diverser Neuanmietungen.

Der Personalaufwand beträgt insgesamt rd. 17,7 Mio. € für im Jahresdurchschnitt 425 Beschäftigte. Die Erhöhung ist zum einen auf die zu Beginn des Berichtsjahres erfolgte Tarifierung und auf eine im März 2003 geleistete Einmalzahlung zurückzuführen. Weiter wirken sich altersbedingte Stufensteigerungen sowie eine modifizierte Personalstruktur (weniger gering bezahlte Kräfte, Zugang an höher qualifizierten Mitarbeitern) kostensteigernd aus.

Die Abschreibungen in Höhe von 11,1 Mio. € entfallen zu rd. 86,7% auf Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten. Der Rest verteilt sich auf immaterielle Vermögensgegenstände, Wohnbauten, Bauten auf fremden Grundstücken, Maschinen und maschinelle Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Wesentliche Posten im sonstigen betrieblichen Aufwand waren: Betriebsaufwand (1,1 Mio. €), Verwaltungsaufwand (1,4 Mio. €), Kosten interner Dienstleister (rd. 813 T€) und Wertberichtigungen/Ausbuchungen von Forderungen (108 T€).

Der Anstieg des sonstigen betrieblichen Aufwands beruht hauptsächlich auf Verlusten aus Anlageabgängen (Betriebsaufwand: 810 T€), da die Verkaufserlöse nicht annähernd die Buchwerte erreichten bzw. die Immobilien abgerissen werden mussten. Außerdem wurde im Berichtsjahr erstmalig eine Rückstellungszuführung für Sanierungsgeld RZVK in Höhe von 3,9 Mio. € gebucht.

Die Zinserträge betreffen Zinseinnahmen aus der Verzinsung der Forderungen auf Ausgleich der Pensionsrückstellung (120 T€), aus Swap-Geschäften (29 T€), aus Verzugszinsen (58 T€) und aus laufenden Guthaben (7 T€).

Die Zinsaufwendungen betreffen Zinsen für Bankdarlehen (12,5 Mio. €) und für sonstige Darlehen (8 T€).

Das Finanzergebnis insgesamt ist trotz rückläufiger Zinsaufwendungen deutlich negativ, da das GMW strukturbedingt keine Erträge aus Finanzanlagen hat. Durch durchgeführte Prolongationen zu verbesserten Zinskonditionen konnte eine Reduzierung des Zinsaufwandes erreicht werden.

Bei den sonstigen Steuern handelt es sich ausschließlich um Grundsteuern.

Der sich ergebende Jahresüberschuss in Höhe von rd. 15,7 Mio. € liegt unter dem Planergebnis in Höhe von rd. 20,9 Mio. €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Jahresergebnis mit dem einmaligen Vorgang der Zuführung zur Rückstellung für Sanierungsbeiträge der kommenden 15 Jahre an die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK) in Höhe von 3,9 Mio. € belastet ist.

Nachfolgend der Plan-Ist-Vergleich. Die Gliederung entspricht nicht der Gewinn- und Verlustrechnung, da zwecks Vergleichbarkeit mit dem Wirtschaftsplan Umgruppierungen vorgenommen werden mussten.

Plan- / Ist-Vergleich 2003

alle Beträge in T€

	Plan 2003	Ist 2003
Betriebserträge / Umsatzerlöse/Sonstige/Zinsen	112.213	103.072
Betriebskosten Gebäude	-30.220	-24.697
Bauunterhaltung	-10.491	- 9.028
Externe Mieten	- 4.450	-3.991
Personalaufwand	-18.280	-17.711
Planmäßige Abschreibungen	-9.866	-9.219
Sachkosten	-1.349	-2.115
Veräußerungsverluste	-722	-810
Interne Dienstleistungen	<u>- 1.348</u>	<u>- 813</u>
Betriebsaufwendungen	- 76.726	- 68.384
Betriebsergebnis (einschl. Steuern)	35.487	34.688
Zinsergebnis	-14.585	-12.259
Neutrales Ergebnis	0	- 6.730
Jahresgewinn	20.902	15.699

Nennenswerte Abweichungen haben sich bei den Umsatzerlösen, den Betriebskosten sowie den Aufwendungen für Bauunterhaltung und den Sachkosten ergeben. Gegenüber dem Plan geringere Betriebskosten haben korrespondierend zu einer entsprechenden Abweichung bei den Umsatzerlösen geführt, wo deren Weiterberechnung als Teil der Miete erfasst ist. Die verbleibende Abweichung beruht im wesentlichen darauf, dass die Schulpauschale in geringerem Maße als geplant für aufwandswirksame Maßnahmen verwendet worden ist. Die Abweichung bei der Bauunterhaltung steht auch damit in Zusammenhang, dass sich bei der

konkreten Durchführung einer Baumaßnahme die Zuordnung laufender Bauunterhaltung/aktivierungsfähiger Sachverhalt ändern kann. Die einmaligen Einflüsse, die im neutralen Ergebnis zusammengefasst sind (u.a. außerplanmäßige Abschreibungen, Zuführungen zu bzw. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen) sind nicht planbar. Das Planergebnis wurde zu rd. 75% erreicht.

Bilanz

Die Bilanz des Geschäftsjahres 2003 stellt sich wie folgt dar:

Bilanz 2002

alle Beträge in T€

<i>Aktiva</i>	31.12.2003	31.12.2002
Ausstehende Einlage auf das gez. Kapital	0	182.041
Anlagevermögen	904.487	907.702
Umlaufvermögen	35.877	21.210
Rechnungsabgrenzungsposten	5	4
Bilanzsumme	940.369	1.110.957
<i>Passiva</i>		
Eigenkapital	358.017	524.785
Sonderposten Investitionszuschüsse	99.920	93.801
Rückstellungen	183.999	189.220
Verbindlichkeiten	298.424	303.143
Passive Rechnungsabgrenzung	9	8
Bilanzsumme	940.369	1.110.957

Das Stammkapital betrug lt. Satzung rd. 511 T€ (1 Mrd. DM). Das Kapital war durch Einbringung von Vermögensgegenständen und Schulden (im wesentlichen Grundstücke und Gebäude sowie Finanzierungsverbindlichkeiten und Instandhaltungsrückstellungen) zu erbringen. Durch die in den Jahren 2000 bis 2002 durchgeführten Gebäudeaufnahmen und –bewertungen sowie die Ermittlung der dazugehörigen sonstigen einzubringenden Posten (Zuschüsse, Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten) ergab sich in der Eröffnungsbilanz eine „ausstehende noch nicht eingeforderte Einlage auf das Kapital“ in Höhe von rd. 189 Mio. €. Die ausstehende Einlage hat sich durch Eigenkapitalzuführungen aus Haushaltsresten und Minderungen durch Korrekturen von Eröffnungsbilanzwerten, die sich nachträglich aufgrund besserer Erkenntnisse ergaben, verändert. Da eine weitere Einlage durch die Stadt (Immobilien, liquide Mittel) zur Erfüllung des Anspruchs auf Kapitaleinzahlung nicht realistisch und nicht mehr beabsichtigt ist, wurde mit Beschluss zu Drs. VO/1552/03 vom 28.07.2003 eine Stammkapitalherabsetzung auf rd. 307 Mio. € (600 Mio. DM) beschlossen.

Das Anlagevermögen hat sich leicht reduziert, da die Abschreibungen höher ausfielen als die getätigten Investitionen sowie Anlagenabgänge aufgrund von Verkäufen bzw. Abbrüchen zu verzeichnen sind. Die Anlagenintensität beträgt 96,2% (Vj.: 97,7%).

Zum Umlaufvermögen gehören Vorräte, Forderungen sowie liquide Mittel.

Die Vorräte belaufen sich auf rd. 428 T€ und haben sich geringfügig erhöht. Die unfertigen Leistungen in Höhe von rd. 451 T€ betreffen die vom GMW für Dritte durchgeführte Baumaßnahmen, die noch nicht abgerechnet sind. Als größte Maßnahmen sind hier der Neubau einer Außenanlage im Wuppertaler Zoo und die Teilerneuerung der hauswirtschaftlichen Einrichtungen des Berufskollegs Kohlstraße zu nennen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände belaufen sich insgesamt auf rd. 32,4 Mio. €. Davon betragen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen rd. 0,9 Mio. € und betreffen Mietforderungen an Dritte, bereinigt um Wertberichtigungen.

Die Forderungen an die Stadt belaufen sich auf rd. 30,3 Mio. € und setzen sich aus einer Vielzahl von Positionen zusammen, die miteinander saldiert werden, da es sich um die gleiche Gläubigerin/Schuldnerin handelt. U.a. handelt es sich um folgende Positionen: Guthaben Sonderhaushaltskonto (25,3 Mio. €), Vorabgewinnausschüttung (1,0 Mio. €) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (1,7 Mio. €) sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (rd. 1,3 Mio. €). Die Steigerung der Forderungen gegenüber der Stadt beruht hauptsächlich auf dem erhöhten Guthaben des Sonderhaushaltskontos sowie auf den gestiegenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen 1,2 Mio. € und entfallen hauptsächlich auf Umsatzsteuerforderungen und eine Restkaufpreisforderung.

Das Eigenkapital beläuft sich auf insgesamt 358 Mio. € und resultiert aus dem Stammkapital, der allgemeinen Rücklage, dem Gewinnvortrag sowie dem erzielten Jahresüberschuss. Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahr beruht auf der Stammkapitalherabsetzung. Die Eigenkapitalquote beträgt rd. 38% (Vj.: rd. 37%).

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse in Höhe von 99,9 Mio. € betrifft erhaltene Zuschüsse der öffentlichen Hand für Bau- und Gebäudeinvestitionen des GMW, welche die Stadt zum 01.01.2000 dem GMW übertragen hat. Die passivierten Zuschüsse werden analog der Gebäudeabschreibung aufgelöst, so dass der Abschreibungsaufwand teilweise neutralisiert wird und das Unternehmen nur mit den Abschreibungen auf den aus Eigenmitteln finanzierten Teilen der Investition belastet ist.

Im Berichtsjahr erhielt der Betrieb Zuschüsse in Höhe von 7,5 Mio. €.

Die Rückstellungen umfassen die Rückstellungen für Pensionen sowie die sonstigen Rückstellungen.

Die Pensionsrückstellungen werden nach einem versicherungsmathematischen Gutachten ermittelt. Für den Anfangsbestand der Rückstellungen steht dem Betrieb ein Ausgleichsanspruch gegenüber der Stadt zu, der mit 6% p.a. verzinst wird. Der Anfangsbestand resultiert aus der Zeit, die die jeweiligen Mitarbeiter bis zum Zeitpunkt der Gründung des GMW gearbeitet haben. Es besteht die Vereinbarung, dass das GMW für die Versorgungsverpflichtungen Rückstellungen bildet und im Falle des Ausscheidens eines berechtigten Mitarbeiters den Gegenwert der Rückstellung auf die Stadt überträgt, die die Abwicklung der Versorgungsleistung übernimmt. Bei Ausscheiden des Berechtigten wird der Ausgleichsanspruch des GMW mit dem Übertragungsanspruch der Stadt verrechnet, so dass der Betrieb genau mit den Versorgungsaufwendungen belastet wird, die auf die Arbeitszeit des Berechtigten im Betrieb entfällt. Der Ausgleichsanspruch ist unter den Forderungen gegen die Gemeinde ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen im einzelnen in Mio. €:

Stand

Stand

	<u>01.01.2003</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösung</u>	<u>Zuführung</u>	<u>31.12.2003</u>
Gebäudeschäden	157,1	9,3	0,9	4,6	151,5
Schadstoffbelastungen	27,6	0,9	3,3	0,4	23,8
Sanierungsgeld RZVK	0	0	0	3,9	3,9
Personalansprüche	0,7	0,1	0	0,2	0,8
Ausstehende Rechnungen	0,5	0,1	0	0,4	0,8
Sonstige	0,4	0,1	0	0,1	0,4
Summe	186,3	10,5	4,2	9,6	181,2

Die Gebäudeschäden entsprechen dem Instandhaltungsstau, dessen Umfang zum 01.01.2000 durch externe Gutachter ermittelt wurde. Er basiert auf den geschätzten Kosten der künftigen Schadensbeseitigung. Für die weitere Verfolgung der Gebäudeschäden werden plausible Schätzverfahren eingesetzt, bis auf die Ergebnisse von Schadensinventuren zurückgegriffen werden kann, die bei regelmäßigen Begehungen erhoben werden. Die ersten Begehungen haben im Laufe des Jahres 2004 stattgefunden. Das Ausmaß der nach dem 01.01.2000 eingetretenen unterlassenen Bauunterhaltung wird folgendermaßen geschätzt: Unter Zugrundelegung von allgemein anerkannten Erfahrungswerten (AMEV-Formel) wird der Umfang der notwendigen Gebäudeunterhaltung für die Aufrechterhaltung eines ordnungsmäßigen Gebäudezustands ermittelt. Von diesem Wert wird die tatsächlich durchgeführte Bauunterhaltung subtrahiert und der ermittelte Differenzbetrag quantifiziert das Volumen der unterlassenen Bauunterhaltung. Hierbei unberücksichtigt sind jedoch die zum Teil erheblichen Folgeschäden, die sich aus unterlassener Bauunterhaltung ergeben können.

Wirtschaftlich betrachtet stellt die Rückstellung für Gebäudeschäden einen Korrekturposten zu den Immobilien dar und ist zugleich mit ihrem jeweils aktuellen Restbetrag ein Gradmesser für die noch ausstehende Beseitigung der Schäden bis zur Erreichung eines durchschnittlichen Erhaltungszustandes. Erst wenn mehr finanzielle Mittel verausgabt werden, als für den Erhalt eines ordnungsmäßigen Gebäudezustandes notwendig sind, wird das in der Rückstellung abgebildete Ausmaß der unterlassenen Bauunterhaltung zurückgehen.

Zur Bedeutung des Schadenstandes sowie der sich hieraus ergebenden mittelfristigen perspektivischen Entwicklung des Vermögens sei auf den beigefügten Lagebericht verwiesen.

Neben den Schäden aus unterlassener Instandhaltung ist die Gebäudesubstanz auch durch Schadstoffe belastet. Der Charakter der Rückstellung ist dem Rückstellung für Gebäudeschäden vergleichbar.

Die Erfassung und Bewertung der Schadstoffbelastung in einem Schadstoffkataster ist Mitte des Jahres 2003 abgeschlossen worden.

Als Personalansprüche sind Urlaubs- und Überstundenüberhänge sowie Jubiläumsverpflichtungen ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen bestehen für interne und externe Kosten des Jahresabschlusses sowie für Beratungs- und Prozesskosten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen rd. 289,6 Mio. € und sind um 5,1 Mio. € gesunken.

Die Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten erhöhten sich, was auch auf die Stichtagsbezogenheit der Betrachtung zurückgeht.

Die Prüfung nach § 53 HGRG hat keine Beanstandungen ergeben.

Ausblick:

Wie auch in den Vorjahren, weist die Werkleitung darauf hin, dass mit einer Beschleunigung des Verfalls der Gebäude zu rechnen ist. Zwar konnten die Rückstellungen für Gebäudeschäden im Berichtsjahr um rd. 5,6 Mio. € reduziert werden, was jedoch nur möglich war, weil auf übertragene Mittel des Vermögenshaushalts der Stadt zurückgegriffen werden konnte, die künftig aber nicht mehr zur Verfügung stehen. Strukturell muss dann wieder mit einem Anstieg der Rückstellungen gerechnet werden, da die Stadt nicht in der Lage ist, zusätzliche Mittel zur Behebung des Instandhaltungstaus bereitzustellen und eine Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt aufgrund der Anrechnung auf die städtische Kreditlinie nicht möglich ist. Es muss daher weiterhin damit gerechnet werden, dass Gebäude aufgrund ihres schlechten Zustandes geschlossen werden müssen und Mietausfälle bzw. –minderungen in Kauf genommen werden müssen, die letztlich das Ergebnis des GMW beeinträchtigen.

Es müssen daher alternative Finanzierungsformen im Rahmen der Gemeindeordnung entwickelt werden, um die finanziellen Spielräume für Sanierungsmaßnahmen zu erweitern. Das GMW ist bestrebt, einige Pilotprojekte im Bereich PPP durchzuführen. Hier sind aber noch offene Fragen mit der Aufsichtsbehörde zu klären.

Eine Konzentration der Flächennutzung und eine dadurch mögliche Verwertung freier werdender Objekte zur Realisierung von Sanierungsmitteln erscheint ebenfalls dringend geboten. Diese Maßnahmen sind unumgänglich, damit das GMW auch künftig wirtschaftlich erfolgreich arbeiten kann und der langfristige Erhalt der Gebäudesubstanz sichergestellt werden kann. Die kritische Überprüfung des Raumbedarfs liegt jedoch beim Mieter Stadt, das GMW kann nur fachlich beratend tätig werden.

Der Bericht des Wirtschaftsprüfers kann beim Beteiligungsmanagement eingesehen werden.

Kosten und Finanzierung

./.

Zeitplan

./.

Anlagen

Bilanz, GuV, Anhang, Lagebericht, Bestätigungsvermerk